

Schluss mit der Kriminalisierung von Geflüchteten!

Solidarität ist kein Verbrechen

W I D E R
S T A N D

mai 31

SOLIDARITÄT MIT ASIF!

Dauerkundgebung

Mittwoch 26. 09. 2018 ||| 7:45 Uhr
vor dem Amtsgericht Nürnberg ||| Fürtherstr. 110

Asif wurde dank der Courage der Aktivist*innen des 31. Mai nicht deportiert, dennoch dauert die Auseinandersetzung um seine Perspektive immer noch an. Er selbst ist nach wie vor von Abschiebung bedroht und seitdem verstärkt von Behördenschikanen betroffen. So ist es ihm Verboten Arbeit aufzunehmen oder seine Ausbildung weiter zu führen, Leistungen wurden ihm unter fadenscheinigen Begründungen gekürzt und sein Krankenversicherungsanspruch wurde ihm entzogen. Damit ist er nur einer von vielen Geflüchteten, die hierzulande durch solch widrige Lebensbedingungen von der herrschenden Politik unter massiven Druck gesetzt werden. Die Repression gipfelt nun jedoch im Strafprozess gegen ihn. Seitens der Polizei und Staatsanwaltschaft wird ihm vorgeworfen, Widerstand gegen seine juristisch fragwürdige Abschiebung geleistet zu haben – unvorstellbar scheint für derlei Schreibtischtäter*innen, dass sich Menschen nicht widerspruchslos ihrer Existenz berauben lassen.

Immer wieder schilderten Augenzeug*innen des Geschehens vom 31. Mai 2017, dass die Blockierenden selbstlos, mit einer Ernsthaftigkeit als gehe es „um Leben und Tod“ persönliches Risiko in Kauf nahmen um den Berufsschüler Asif zu schützen. Es kann ihnen nur Recht gegeben werden, wenn Menschen abgeschoben werden geht es um Leben und Tod. Das zeigt sich im konkreten Fall mit dem Blick nach Afghanistan. Am Tag 31. Mai 2017 kamen bei einem Anschlag in Kabul, der „sichersten“ Stadt Afghanistans, mehrere hundert Menschen ums Leben und nebenbei wurde die deutsche Botschaft schwer beschädigt. Erst diesen August wurde nach heftigen Gefechten Asifs ehemalige Heimatstadt Ghazni nahezu vollständig zerstört und von den Taliban besetzt. Im September starben über 60 Menschen bei einem Anschlag auf eine Demonstration im Osten des Landes. Damit zeigt sich, dass es notwendig ist, Menschen auch gegen die Abschiebemaschinerie deutscher Behörden zu verteidigen. Einer Maschinerie dessen Bürokrat*innen sich hinter distanzschaffenden Textbausteinen in entmenschlichender

„Was geschah am 31. Mai 2017 in Nürnberg“

Am 31. Mai 2017 versuchte die Polizei den Nürnberger Berufsschüler Asif N. aus dem Klassenzimmer heraus in das Kriegsland Afghanistan abzuschieben. Doch 300 Mitschüler*innen und hinzugekommene Aktivist*innen blockierten das Polizeiauto in dem Asif deportiert werden sollte und verhinderten somit vorerst die menschenverachtende Polizeimaßnahme. Daraufhin eskalierte die Polizei die Situation indem sie unter Anwendung brutaler Gewalt die Protestierenden angriff und dabei zahlreiche Menschen verletzte. Ihr Ziel war offensichtlich, koste es was es wolle, die Abschiebung durchzusetzen auch gegen den Widerstand der Aktivist*innen die mit ihrem entschlossenen solidarischen Handeln das der Situation angemessene einzig richtige taten. Die Polizeigewalt wurde durch anwesende Journalist*innen und weiteren Menschen vor Ort unwiderlegbar dokumentiert und die Polizei twitterte kurz darauf noch selbst von einem „aus dem Ruder“ gelaufenen Einsatz.

Sprache formulierter Bescheide verstecken und ernsthaft behaupten keine Verantwortung für das Leid das sie schaffen zu tragen, da sie schlicht ihrer „Behördenpflicht“ nachkommen. Die Konsequenzen ihres Handelns erfahren stets andere und das nicht vor ihren Augen.

Die Hüter*innen des sog. bürgerlichen Rechtsstaats, Richter*innen, Staatsanwaltschaft und Polizei haben bereits in den bisherigen Verfahren gegen Aktivist*innen des 31. Mai deutlich gemacht, dass sie gewillt sind sich über Gesetze die sich der Staat selbst gegeben hat hinweg zu setzen um harte Verurteilungen im politischen Interesse des CSU geführten Innenministeriums zu erwirken. So wurde bisher von Gerichten konsequent ignoriert, dass Asif erst nach vollzogenem Abschiebeversuch eröffnet wurde, dass seine Duldung erloschen sei und das bewusste missachten eigener Verwaltungsrichtlinien den Polizeieinsatz ungesetzlich werden ließ. Nun wird einfach dennoch der Widerstand gegen einen illegalen Verwaltungsakt als kriminelle Handlung verfolgt. Vor nahezu allen Verfahren gegen Aktivist*innen des 31. Mai machten Richter*innen vor dem eigentlichen Prozessbeginn gegenüber diesen klar, dass sie in jedem Fall verurteilt werden, aber Geständnisse und Entschuldigungen für einen schnellen Prozess sorgen und die Strafzumessungen „günstiger“ ausfallen würden. Einem bloßen Schauprozesscharakter solcher Verfahren wurde nur durch die engagierten Rechtsanwält*innen und dem massiven Druck der solidarischen kritischen Öffentlichkeit entgegen gewirkt.

Durch den deutschlandweiten Faschisierungsprozess wurden die sozialen Verhältnisse von der herrschenden Politik für die große Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik, ob geflüchtet oder nicht, weiter drastisch verschlechtert. So steigen die Mieten, die Löhne stagnieren und Arbeitsverhältnisse werden

durch Minijobs, Leiharbeit und Werkverträge zunehmend prekärer. Menschen werden heutzutage wieder in Lagern „konzentriert“. Menschenfeindliche Stimmungen und Ideologien in der Mitte der Gesellschaft werden durch alle bürgerlichen Parteien weiter forciert, um uns Menschen gegeneinander auszuspielen und zudem von den eigentlichen kapitalistischen Ursächlichkeiten gesellschaftlicher Probleme abzulenken. Rassistische Anschläge und nazistischer Terror, wie sie in Köthen und Chemnitz offen zu Tage traten, sind Alltag geworden und die Bundesregierung schafft weiter Fluchtursachen durch ökonomische Ausbeutung, Waffenexporte und die Stationierung von Bundeswehrsoldaten in zahlreichen Ländern der Welt. So wird gegenwärtig durch Teile der deutschen Regierung ein Angriffskrieg gegen den syrischen Staat in Erwägung gezogen.

Wer dennoch kollektiv und solidarisch gegen die immer unerträglich werdenden Zustände, so wie am 31. Mai 2017, Widerstand leistet, wird durch verschärfte Sicherheitsgesetze und der endgültigen Abschaffung der Reste bürgerlicher Rechte und Freiheiten, der blanken, zunehmend willkürlichen Repression ausgesetzt. Wie das Beispiel des 31. Mai und der darauf folgenden Kriminalisierungskampagne aufzeigt, können wir solchen Verhältnissen nur durch unseren solidarischen Zusammenhalt erfolgreich bei kommen. So wie auch bei der verhinderten Abschiebung in Witzenhausen im April diesen Jahres oder dem selbstorganisierten Widerstand Geflüchteter gegen Abschiebung und Lagersystem in Ellwangen, Donauwörth und Bamberg. Daher werden wir auch weiterhin solidarisch zusammenstehen.

Unterstützt Asif und alle anderen von Repression betroffenen vom 31. Mai. Kommt zur Dauerkundgebung am Mittwoch den 26. September ab 7:45 Uhr vor dem Amtsgericht Nürnberg. Wir lassen Asif nicht alleine und werden ihn gemeinsam zu seinem Prozess begleiten und danach solidarisch empfangen.

**Zeigen wir gemeinsam unsere Solidarität – auf der Straße und vor Gericht!
Lassen wir niemanden alleine! Solidarität ist kein Verbrechen!**

Kein Mensch ist illegal!

**Wir fordern den sofortigen Stopp aller Ermittlungen und das Fallenlassen aller Anklagen!
Gegen jede Abschiebung – egal von wem, egal wohin!
Gegen jede Polizeigewalt – Weg mit den Paragraphen 113, 114 StGB!**

GLS Bank | IBAN: DE 8543 0609 6740 0723 8359 | Stichwort : „Mai 31“ | Rote Hilfe e.V. - Spendenkonto

Mehr Infos und Updates unter:

[facebook/NuernbergIstUeberall](https://www.facebook.com/NuernbergIstUeberall)

www.redside.tk